



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiszelle 50 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Verwaltungsregister.

Für die Woche vom 23.—28. September ist die Beitragsmarke in das mit 39 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Warnungssignale!

II.

Unter all den Schwierigkeiten, die der Weltkrieg mit sich gebracht hat, spielt der Verlust und die Wiedergewinnung unserer Stellung auf dem Weltmarkt eine sehr wichtige Rolle. Bekanntlich ist Deutschland im Verlaufe der kriegerischen Ereignisse fast völlig vom Weltmarkt verdrängt worden, auf dem es sich einen einflussreichen Platz errungen hatte, und es wird der größten Anstrengungen bedürfen, um die frühere Stellung wieder zu gewinnen. Nicht nur unsere Gegner: die Engländer, Amerikaner und Japaner sind fest entschlossen, uns dauernd vom Weltmarkt fernzuhalten, sondern auch die neutralen Staaten bezogen wenig Lust, uns wieder hochkommen zu lassen. Und doch kann Deutschland, selbst wenn es wollte, auf den Weltmarkt nicht verzichten. Es ist ein bewusster oder unbewusster Irrtum, wenn man glaubt, wir könnten Nationalwirtschaft treiben und das Ausland entbehren. Wo hin sollten unsere für die Ausfuhr arbeitenden Industrien kommen, wenn uns der Weltmarkt verschlossen bleibt? Auch die vorwiegend für den inländischen Bedarf arbeitenden Erwerbszweige sind in bezug auf ihr Gedeihen oder Nichtgelingen von dem Weltmarkt abhängig. Es kommt also für unser Wirtschaftsleben wesentlich darauf an, ob es möglich sein wird, Deutschland wieder konkurrenzfähig zu machen, damit es auf dem Weltmarkt seinen Fuß fassen kann. Da die Konkurrenzfähigkeit auf der Güte und der Preiswürdigkeit der Waren beruht, so gilt es für uns, alle Kräfte anzuspannen, um unsere wirtschaftlichen Leistungen aus höchster zu steigern, wozu selbstverständlich alle Volksschichten ihren Teil beitragen müssen.

Hier sehen wir nun die eigenartige Erscheinung, daß das Scharfmachertum die Leistungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt lebendig auf Kosten der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen wieder herstellen will. Nach der Meinung der maßgebenden Unternehmer, wie sie in ihren Zeitungen und Tagungen zum Ausdruck kommt, ist das wichtigste Mittel, um den Weltmarkt zu erobern, die Herabsetzung der Arbeitslöhne und die Steigerung der Arbeitsleistung. „Je näher wir dem Frieden und der Wiederherstellung der Weltmarktbeziehungen kommen“, hieß es in einem Artikel, „desto mehr müssen wir unbedingt auf einen Abbau der jetzigen übermäßig hohen Arbeitslöhne hinarbeiten, wenn wir in bezug auf die Preiswürdigkeit unserer Fabrikate mit dem Ausland konkurrenzfähig bleiben wollen. Bei der jetzigen

Höhe der Arbeiterlöhne erscheint es völlig ausgeschlossen, unsere Produkte so billig herzustellen, wie es notwendig ist, um den Weltmarkt wieder zu erobern. Die deutsche Arbeiterschaft sollte dies verstehen und sich deshalb in ihrem eigenen Interesse Genügsamkeit auferlegen.“ Daneben will man dann durch eine planmäßige, zielbewusste Anwendung des bekannten Taylorsystems aus der Arbeitskraft der Proletarier die höchstmöglichen Erträge herauspressen. Dieses System, wenn es richtig angewandt werde, sei auch geeignet, den Widerstand der Arbeiterschaft gegen eine allgemeine Lohnherabsetzung zu brechen, da es die Möglichkeit biete, unter den reichlich vorhandenen Arbeitskräften eine Auslese zu halten und dabei die widerwilligen und minderwertigen Elemente auszumerzen. Auf diese Weise hofft man, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: weniger Lohn und höhere Leistung, worüber natürlich einem wachsenden Kapitalisten das Herz im Leibe lacht.

Das Scharfmachertum ist nicht so leichtgläubig, anzunehmen, die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen würden sich eine solche Regelung der Dinge ohne weiteres gefallen lassen. Es rechnet mit einem heftigen Widerstand, aber es sieht gleichzeitig Mittel und Wege, um diesen Widerstand zu brechen. Zunächst erscheint ihm die Uebergangszeit nach Beendigung des Krieges für den Vorstoß des Unternehmertums sehr günstig. Während der Uebergangszeit von der Kriegsjur Friedenswirtschaft werde wegen des Mangels an Rohstoffen und Betriebskapital, sowie wegen der mangelnden Ausfuhr eine Knappheit an Arbeitsgelegenheit eintreten, die noch verschärft werde durch ein Ueberangebot an Arbeitskräften. Die aus dem Kriege heimkehrenden Arbeiter und zumal die minderleistungsfähigen Kriegsbeschädigten, die mit der Konkurrenz der Frauen und Mädchen zu rechnen hätten, würden froh sein, wieder zu einer geregelten Beschäftigung zurückkehren zu können. Darum würden sie auch mit wesentlich niedrigeren Löhnen fürlieb nehmen und sich auch mit einer Steigerung der Arbeitsleistung abfinden. Es liege also im Interesse des Unternehmertums, die günstige Zeit nach Friedensschluß auszunutzen und den Uebermut der Arbeiter und Arbeiterinnen zu dämpfen.

Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß diese Berechnung ein Loch hat und daß es nach dem Kriege ganz anders kommt, als man denkt, weshalb die Scharfmacher sich vorsichtshalber noch nach einem weiteren Mittel umsehen. Und da stoßen sie auf die Staatsgewalt, die früher ja immer in ihren Diensten gestanden hat und die sie sich auch jetzt wieder dienstbar machen wollen. Der Staat, so lautet die Beweisführung, erlaube sich immer mehr Eingriffe in die Betätigungsfreiheit der Unternehmer, und da sei es doch selbstverständlich, daß er das Recht und die Pflicht habe, auch in die Betätigungsfreiheit der Arbeiter einzugreifen. Warum solle er nicht, selbst unter Anwendung von Zwangsmitteln, die Ansprüche der Arbeiter „auf das Maß des Berechtigten“ beschränken, warum solle er nicht im Interesse unseres

Wirtschaftslebens das Streitrecht eindämmen, wie dies bereits in einigen Munitionsbetrieben geschehen sei? Es sei dringend notwendig, daß der Staat alles tue, um wieder geordnete Zustände in den Betrieben herzustellen, damit Deutschland wirtschaftlich gesunde. Wenn die Arbeiter und ihre Führer keine Vernunft annehmen wollten, so müßten sie eben durch die Hand des Staates zur Vernunft gebracht werden. Wir wollen es dahingestellt bleiben lassen, wie weit der Staat den Forderungen der Scharfmacher entgegenkommen bezeugen wird, immerhin sehen wir, was diese Leute erhoffen und erstreben.

Ihre hauptsächlichste Hoffnung setzen die Scharfmacher auf die Zerspaltung und Ohnmacht der Arbeiterorganisationen, zumal der Gewerkschaften. Die Arbeitgeberzeitungen rechnen unter Zugrundelegung der Abrechnungen nach, daß die Sozialdemokratie zerrümmert am Boden liege, weil sie immer mehr Mitglieder verlore, und daß auch die Gewerkschaftsbewegung an Mitgliederstand leide und deshalb in der kommenden Uebergangszeit wenig zu leisten vermöge. Sie vergleichen die Gewerkschaften mit gefallenen Tieren, um deren blutleeren Kadaver die in sich uneinigen Sozialdemokraten wie Schweiffstiegen umherflatterten, und sie hoffen, daß eine starke, einheitliche Arbeitgeberorganisation siegreich aus dem Kriege hervorgehen werde. Sie wissen, daß die Stärke einer jeden Gruppe in ihrer inneren Einheit und äußeren Geschlossenheit liegt, und darum hoffen sie, daß sie der Arbeiterklasse den Fuß auf die Flanken setzen werden, weil sie die Zerrissenheit der deutschen Arbeiterbewegung beobachten. Es wäre schlimm für uns, wenn die Hoffnungen der Scharfmacher erfüllt werden sollten. Und das wird sicher geschehen, wenn es den Maulwürfen gelingt, die deutsche Arbeiterbewegung zu unterwühlen und dadurch ihre Kraft zu brechen. Darum muß man den Arbeitern und Arbeiterinnen zurufen, daß sie die Warnungssignale beachten und ihr Verhalten danach einrichten sollten.

Die Zusammenlegung der Druckereibetriebe.

Der „Buchdruckerwoche“ vom 6. September entnehmen wir folgende Bekanntgabe:

Den Mitteilungen des Bezirksvereins 2, Potsdam, des Kreises XI des Deutschen Buchdruckervereins, Augustausgabe, entnehmen wir folgendes:

Das Kriegsersatz- und Arbeitsdepartement des Kriegsamt hat sich nun doch entschlossen, im Interesse der Kohlen- und Arbeiterersparnis Zeitungen und Druckereibetriebe zusammen zu legen. Die Betriebe werden auf folgender Grundlage eingeteilt:

1. Zeitungsdrukereien,
2. Druckereien, die überwiegend mit Arbeiten für Staats-, Kommunal- und Militärbehörden beschäftigt sind und Fachzeitschriften (auch wissenschaftliche, religiöse) herstellen,

3. Druckereien, die überwiegend für Handel und Industrie arbeiten,

4. Druckereien, die überwiegend Wertdruck, Qualitäts- und Luxusdrucke (Chromotypien, Postkarten usw.) für eigenen oder fremden Verlag herstellen.

Die unter 3 und 4 genannten Betriebe sollen in erster Linie stillgelegt werden; daneben ist die Zusammenlegung von Zeitungen beabsichtigt.

Die k. u. -Leute aus Kategorie 1 und 2 sollen aus Kategorie 3 u. 4 ersetzt werden; diese müssen also jene Arbeitskräfte abtreten, die bei diesen Kategorien arbeiten und außer der Kriegsverwendungs-fähigkeit stehen, also alle hilfspflichtigen Arbeitskräfte und die über 60 Jahre alten Gehilfen.

Das Kriegsamt ist bei Kategorie 4 der Auffassung, daß Luxusdrucke, Chromotypien, Postkarten, auch ein Teil der Literatur, Romane, Zeitschriften, die keine ausgesprochenen Fachzeitschriften sind und weder wissenschaftlichen noch religiösen Zwecken dienen, jetzt keine begründete Berechtigung mehr auf Herstellung beanspruchen können. Ebenso ist die Militärbehörde der Anschauung, daß aus den Betrieben der Kategorie 3 Personal herausgezogen werden muß, da der Bedarf von Handel und Industrie sich Einschränkungen aufzulegen hat.

Das Kriegsamt denkt sich die Zusammenlegung von Betrieben etwa wie folgt: ein Betrieb, der stillgelegt ist, soll seine Kundschaft nach wie vor bearbeiten und Aufträge entgegennehmen können, er soll nur diese Arbeiten an den Betrieb überweisen, der sich zur Ausführung der Arbeiten wegen seiner Anlage, Einrichtungen und verbleibenden Arbeitskräfte eignet. Die Ablieferung und Berechnung der Arbeit kann von dem stillgelegten Betrieb an seine Kundschaft nach wie vor erfolgen. Dem stillgelegten Betrieb ist ein Preis einzuräumen, der ihm Verdienst läßt. Der Restteil ist zwischen dem Uebernahmebetrieb und dem stillgelegten zu vereinbaren.

Dabei würde die Stilllegung nach außen hin gar nicht in die Erscheinung treten. Es kann auch vereinbart werden, daß der Uebernahmebetrieb direkt an die Besteller des stillgelegten Betriebes liefert und diesem für die Vermittler-tätigkeit auf die Preise 10 bis 15 Proz. Verdiensteil zu zahlen sich verpflichtet. Auch ist jede andere Einigung unter Zustimmung beider Parteien gestattet.

Diese Mitteilung widerlegt die Beruhigungsversuche der „Zeitschrift“ recht gründlich, eine Klarstellung ist dringend erforderlich, denn solche Maßnahmen, die tiefeinschneidende Schädigung für Prinzipale und Personale haben, können doch nicht

ohne genügende Vorberatung und Begründung einfach verfügt werden.

Es ist zu erwarten, daß recht bald eine wirkliche Klärung der Sachlage erfolgt.

Die Volksernährung nach der neuen Ernte.

Von R. Schmidt.

S.A.K. Der Ertrag der neuen Ernte ist zwar ziffernmäßig gegenwärtig noch nicht zu erfassen, wohl aber läßt sich ein Ueberblick gewinnen, wie sich unsere Volksernährung für das künftige Wirtschaftsjahr gestalten wird. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß der Ertrag der Ernte allein nicht bestimmend ist; es kommt nach aller bisherigen Erfahrung sehr viel auf die Organisation der Verteilung an. Die trübten Erfahrungen die wir im vorausgegangenen Wirtschaftsjahr zu verzeichnen hatten, die harten Entbehrungen an Brot und Kartoffeln, wären bei dem Ertrag der vorjährigen Ernte nicht notwendig gewesen, wenn nicht die Organisation der Verteilung versagt hätte. Wäre das vorhandene Brotgetreide reiflos der menschlichen Ernährung zugeführt worden, wir wären nie in die Lage gekommen die Brotration herabzusetzen; wir hätten unserer Bevölkerung auch unter der ungünstigen Kartoffelernte 1½ Pfd. Kartoffeln pro Tag und Kopf als Verbrauch überweisen können, wenn es möglich gewesen wäre, die Kartoffeln vor der Verwendung in der Viehhaltung zu bewahren.

Nach vielem Drängen ist jetzt das Kriegsernährungsamt dazu übergegangen, sich der Erkenntnis nicht ganz zu verschließen, daß unsere Lebensmittelherzeugung im Einklang stehen muß mit der Viehhaltung; das heißt, es dürfen nicht wichtige pflanzliche Nährmittel, die der menschlichen Ernährung dienen, in einem zu erheblichen Teil als Viehfutter Verwendung finden. Man müßte dazu übergehen, die Schweinehaltung erheblich herabzusetzen. Die erhöhte Fleischration, die wir in den vorausgegangenen Monaten erhielten, war nur dadurch möglich, daß auch in unsere Rindviehbestände stark eingegriffen wurde, aber der Viehbestand ist noch ein respektable, er nähert sich sogar dem Friedensstand. Die Maßnahmen sind zum Teil im Widerspruch mit den landwirtschaftlichen Interessententreisen ergriffen worden, und der Versuch, diese Politik aufzuhalten, wurde und wird von jener Seite fortgesetzt mit Eifer betrieben.

Das ganz unvermittelte Zurücktreten des Herrn von Batoxi vom Kriegsernährungsamt

muß den Eindruck hinterlassen, daß diejenigen Kreise, die in letzter Zeit besonders gegen seine Maßnahmen ankämpften, einen Erfolg gehabt haben und damit eine Aenderung der bisher eingeschlagenen Ernährungspolitik bevorzieht, die nicht gerade das Gefühl der Sicherheit, daß bessere Wege eingeschlagen werden, hervorrufen kann. Bisher ist ganz unbekannt, welche grundsätzliche Stellung in der Ernährungspolitik Herr von Batoxi, der neue Mann in diesem Amte, einnimmt.

In unserer Lebensmittelversorgung steht oben an die Brotversorgung. Nach der bisherigen Schätzung läßt sich mit Bestimmtheit annehmen, daß wir in Deutschland über eine Mittelernnte verfügen; wir dürfen auf einen ziemlich reichlichen Zuwachs aus Rumänien rechnen, und aus den besetzten Gebieten werden zum mindesten für die Heeresverwaltung erhebliche Bestände frei. Im Hinblick auf diesen Ernteertrag, obwohl wir die Bestände sehr zeitig angegriffen haben, kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die gegenwärtige Brotration ausreicht erhalten werden kann. Und gelingt es reiflos, die Bestände vor der Verfütterung zu schützen, so muß es möglich sein, zu diesen Brotationen noch Aufschläge zu geben, besonders für Zeiten, wo ein Mangel an andern Nährmitteln vorhanden ist. Dieser Mangel an Nährmitteln wird sich besonders unangenehm fühlbar machen bei den Nährmittelherzeugnissen aus Hafer und Gerste; denn hier haben wir es leider mit einer verhältnismäßig ungünstigen Ernte zu tun, die wir nicht reiflos vor der Verfütterung schützen können, weil wir insbesondere für unsere Pferdehaltung einen erheblichen Teil des Ernteertrages gebrauchen. Höchst bedeutsam ist die ausreichende Kartoffelversorgung. Nach übereinstimmendem Urteil muß die Aussicht auf den Ertrag der Spätartoffel als gut bezeichnet werden, so daß die Verteilung von 10 Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche der Bevölkerung möglich sein muß, ein Quantum, das vor kurzem bei Besprechung der Kartoffelordnung auch von den Vertretern der Landwirtschaft zugestanden wurde. Weiter gibt die Kartoffelverordnung nicht die Sicherheit, daß die Bestände auch wirklich für die städtische Bevölkerung aufgebracht werden. Die Reichskartoffelstelle stützt sich zu sehr auf die Einführung der Wirtschaftskarte, auf der jeder einzelne Betrieb den Ernteertrag und die Ablieferung angeben soll. Die Erfahrung lehrt uns aber, daß das einzig sichere Mittel, über die erforderlichen Mengen zu verfügen, die rechtzeitige Beschlagnahme ist. Schon vor Monaten ist in einer Eingabe der Generalkommission der Gewerkschaften gefordert worden, daß, soweit nicht schon im Herbst die Kartoffeln an die

Reisefreuden in der guten alten Zeit.

Von Theo Wolff.

(Nachdruck verboten.)

Was für unsere Zeit das Automobil geworden ist, das war für die Zeit vor ungefährt dreihundert Jahren — wenn freilich auch nicht ganz in demselben Maße — die allmähliche Einführung der Kutsche. Auch diese stellt in der Geschichte des Fahrwesens ein Ereignis von epochaler Bedeutung dar, das sich mit der Erfindung des Automobils in verschiedener Hinsicht in eine interessante Parallele stellen läßt.

Vor drei- bis vierhundert Jahren sah es um das Fahrwesen bei den europäischen Kulturvölkern noch recht traurig aus. Die Herstellung der Fahrzeuge besand sich noch auf einer sehr niedrigen Stufe; die Fuhrwerke dienten fast ausschließlich als Last- oder Wirtschaftswagen innerhalb der Grenzen des Gutsbezirks oder des städtischen oder dörflichen Reichsbezirks. Zur Personenbeförderung wurden Wagen so gut wie gar nicht verwendet. Noch war das Reithferd das fast einzige Mittel des Personen-, Nachrichten- und Warenverkehrs und eine Wagenreise in eine vielleicht mehrere Meilen umfassende Entfernung war ein Ergebnis, dem in unserer Zeit etwa eine ausgedehnte Luftballonreise entspricht. Die Fahrzeuge bestanden im wesentlichen aus dem vierseitigen oder auch nur dreiseitigen und dann hinten offenen Obergestell, das unmittelbar auf den Radachsen ruhte. Unter solchen Verhältnissen war es ein Ereignis von größter Bedeutung, als in der Mitte

des 15. Jahrhunderts in Ungarn zum erstenmal Wagen zur Personenbeförderung gebaut wurden, die bald auch in allen andern Ländern zur Einführung gelangten. Diese Wagen waren allseitig geschlossen, künftgerecht mit Leder überdacht und an einer Seite mit einer Tür zum bequemeren Einsteigen versehen. Ihr wichtigster Fortschritt bestand jedoch darin, daß der Wagenkasten in Riemer über dem Untergestell hing, also nicht mehr unmittelbar auf den Radachsen saß, eine Neuerung, durch die die ununterbrochenen Erschütterungen vermieden wurden, denen die in Fassen der bisherigen Fuhrwerke ausgesetzt gewesen waren, und stat dessen eine gelinde schaukelnde Bewegung erzeugt wurde, die gegen die Strapazen in den früheren Gefährten eine Wohltat war. Nach ihrem Ursprungsorte Kocz, einem ungarischen Dorfe, wurden diese Gefährte koczi genannt, welche Bezeichnung sich in Deutschland bald in Kutsche, dann in Kutsche wandelte. Das neue Fahrzeug kam zunächst als Staats- und Salawagen an den Höfen der Fürsten in Gebrauch, die schnell einen großen Luxus in Kutschen entwickelten; halb bemächtigte sich jedoch auch der Adel und ebenso die reichere Bürgerschaft des neuen Fahrzeugs, dessen Gebrauch sich in jenen Tagen in derselben Weise zum Sport entwickelte, wie heute das Automobilfahren.

Allerdings war das Kutschenfahren in jener Zeit ein recht zweifelhaftes Vergnügen, eine Folge der Wegeverhältnisse, die damals außerhalb der Städte noch ganz jämmerliche waren. Mühte doch jeder Wagen, der sich aus der Stadt wagte, eigens Leute mit nehmen zu dem alleinigen Zweck, das

Fuhrwerk in den zahllosen Fellen, in denen es stecken blieb, durch Hebebäume wieder flott zu machen. Wo die durchweichten Wege das Weiterfahren jedoch völlig unmöglich machten, mußten Steine und Äste in den Kot geworfen werden, um ihn fester und den Weg dadurch wieder passierbar zu machen, eine Art zu fahren, der die noch heute in Geltung befindliche Redensart: „Ueber Stock und Stein“ ihre Entstehung verdankt. Von Brücken, Landstraßen, überhaupt irgendeiner Art des Wegebaues war, besonders in Deutschland, noch so gut wie nichts vorhanden, nur einige wenige vielbesuchte Hauptstraßen wurden notdürftig instand gehalten.

Unter diesen Umständen war auch noch im 16. und 17. Jahrhundert jeder praktische Fernreiseverkehr vollständig auf das Pferd angewiesen, höchstens, daß noch schwere Fracht- und Rüstwagen, die mit einem Vorspann von zehn bis zwanzig Pferden die Beschwerlichkeiten der Wege zu überwinden vermochten, die Landstraße besuchten.

Scrieb doch noch gegen Ende des 17. Jahrhunderts ein Schriftsteller: „Nehmt die Pferde weg, und ihr raubt nicht nur den alten und schwachen, sondern überhaupt allen Menschen das Vergnügen, zu reisen. Denn die Kutschen sind nur für ganz große Heerstraßen brauchbar, und Wagen können im Winter nur mit den ärgsten Beschwerlichkeiten geführt werden.“ Der Kutschenbesitzer, der sich aber dennoch mit seinem Gefährt auf die Landstraße wagte, belief es sich in den meisten Fällen bei dem einmaligen Versuch. „Märtyrer der Landstraße“ nennt Macaulay jene Wagen-

Städte geliefert werden können, der Reisbestand, der erforderlich ist für den Verbrauch, in den Landgemeinden besonders eingemietet werden muß. Das heißt, die Kartoffel wird aus der Hand des einzelnen Besitzers genommen und geht in Gewahrsam der Dorfgemeinde über. Zu einem ähnlichen Vorschlag kommt auch das Mitglied des Kriegsernährungsamts, Herr Stadtrat Krüger, der in den „Beiträgen zur kommunalen Kriegswirtschaft“ den Vorschlag macht, daß die Kartoffeln, die für den Winter- und Frühjahrbedarf berechnet sind, in die Nähe der Bahnstationen im Herbst eingemietet werden, um beim Abruf die Schwierigkeiten des Transports im Winter zu vermindern. Kommt die Reichskartoffelstelle nicht zu einer solchen Regelung, so wird sie die Versorgung nicht sicher stellen und uns abermals eine große Entbehrung auferlegen, die im kommenden Jahre um so übler werden kann, weil der Mangel an Ertrag in Nährmitteln aus Hafer und Gerste uns den Ausgleich sehr erschwert.

Eine andere Gefahr droht der Kartoffelversorgung durch den Ansturm aus Händlerkreisen. Hier macht sich das sehr lebhaftest Bemerkbar, eine freiere Bewegung des Handels herbeizuführen, und sei es auch nur insofern, daß dem Handel im Auftrag der Städte der freie Verkauf gestattet wird. Das Experiment hat schon einmal zum Zusammenbruch unserer Kartoffelversorgung geführt, und wir würden ganz sicher ein neues Fiasko erleben, wenn diesem Wunsch stattgegeben würde. Es muß deshalb schon jetzt sehr entschiedenen Protest dagegen eingelegt werden, daß diesen ganz unsinnigen Anforderungen stattgegeben wird. Die Folge würde nur sein, daß jede Regelung des Bedarfs unterbunden wird, der gegenseitigen Konkurrenz beim Einkauf freier Spielraum gegeben wird und damit zu Preisstrebereien in offener und verfeinerter Form neuer Anreiz gegeben würde. Wenn es dem Kriegsernährungsamt und den ihm unterstellten Ämtern für die Kartoffel- und Brotversorgung nicht gelingt, zeitig in diesem Jahre die Bestände zu erfassen, so werden wir in größere Schwierigkeiten kommen als je zuvor. Denn gerade im nächsten Jahr wird, bei dem ungünstigen Ausfall der Futterernte, der Versuch Brotgetreide und Kartoffeln zu verfüttern so starke Anregung finden, daß nur bei einer guten Organisation und vorzüglichen Kontrolle die Sicherung der Volksernährung möglich ist. Diese Kontrolle darf auch nicht, wie es bisher ge-

sehen ist, den örtlichen Behörden übertragen werden, sondern sie muß von der Zentrale aus, von unabhängigen Leuten systematisch durchgeführt werden. Geschieht das nicht, so werden sich alle die Uebelstände im kommenden Wirtschaftsjahr in vergrößerter Form wiederholen gegenüber der zurückliegenden Zeit. Die Behauptung, daß gegenwärtig durch unzuverlässige Lagerung Getreide verdirbt — was übrigens die Reichsgetreidestelle bestreitet —, darf uns nicht zu der Forderung verleiten, mit dem Frühbruch aufzuhören. Je mehr Getreide in die Hand der Reichsgetreidestelle kommt, je weniger besteht die Gefahr der Verfütterung, um so sicherer gestaltet sich die Volksernährung. Es fehlt nicht an Lagerräumen, so daß eine unzuverlässige Lagerung vermieden werden kann. Der Zustand, daß Getreide in offenen Mieten ungeschützt beim Landwirt lagert, um dort zu verfaulen und ein Fraß für Ungeziefer zu werden, wie es leider in diesem Frühjahr nicht vereinzelt vorkam, darf sich nicht wiederholen.

Mit unserer Fleischversorgung wird es im kommenden Frühjahr schlecht bestellt sein. Es muß jetzt schon darauf gedrängt werden, daß da, wo der Landwirt infolge von Futtermangel Vieh abschlachten muß, ihm die Möglichkeit gegeben wird, das Vieh abzusetzen. Jetzt haben wir, besonders in den Weidbezirken, gut genährtes Vieh. Wir können das Fleisch in Kühlhäusern konservieren und würden einen Fehler begehen, wenn wir wieder, wie im Vorjahre, das Vieh im Winter durch Hungern, um es dann im Frühjahr schlecht genährt abzuschlachten.

Die in Aussicht genommene Erhöhung der Milch- und Butterpreise wird uns zu keiner besseren Versorgung führen. Sie führt den Interessenten nur höheren Nutzen zu. Leider ist in der Beschaffung von Futtermitteln außerordentlich viel versäumt. Wiederkäuf ist von weitblickenden landwirtschaftlichen Sachverständigen darauf hingewiesen worden, die Gewinnung von Laub für die Viehfütterung mehr nutzbar zu machen. Besonders wäre unsere Militärverwaltung in der Lage gewesen, hier mehr zu leisten als geschehen ist. Leider fehlt es auch dort an einem Weitblick, wie er in der gegenwärtigen Zeit auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik notwendig ist.

Die Versorgung mit Gemüse und Obst ist noch immer Gegenstand unausgesetzter Klagen und Beschwerden. Ob es gelingen wird, die Marmeladenfabrikation mit den Beständen von Obst zu versehen, die dem Bedarf entsprechen, ist unsicher, da die Ansprüche außerordentlich hoch sind. Die Preise für Gemüsekonserven werden enorm hoch sein, da Gemüse nur zu hohen Preisen aufgekauft

werden konnte und bei der Konservierung das ungeeignete Blechmaterial reichliche Mengen dem Verderben aussetzen wird. Die Zentralfstelle muß darauf hinwirken, daß die Konservierung in Blechdosen eingeschränkt, wenn nicht vollständig aufgehoben und das Gemüse mehr zum Trocknen verwandt wird. Allerdings muß diese Verarbeitung sachverständigen Händen anvertraut werden, nicht daß ein Fabrikat in den Handel kommt, das in einem so jämmerlichen Zustand sich befindet, wie es uns in diesem Jahre vielfach geboten wurde.

Sehr bedenklich für die Sicherung unserer Volksernährung ist die Ausbreitung des Schleichhandels. Er führt in der weiteren Folge dazu, daß der Versuch, der Gesamtbevölkerung das Minimum dessen, was sie zur Lebenshaltung gebraucht zuzuführen, unmöglich wird. Als Beweis dafür, in welchem Umfang große Bestände durch den Schleichhandel für die allgemeine Verteilung verschwinden, mag folgendes dienen: Wir haben während 17 Wochen an etwa 40 Millionen Menschen eine Fleischration von $\frac{1}{2}$ Pfund über das festgesetzte Quantum verteilt. Das ergibt einen Gesamtbetrag von 3,4 Millionen Zentner Fleisch. Nach den Feststellungen unserer Viehzählung sind in der Zeit vom Dezember vorigen Jahres bis zum März dieses Jahres $5\frac{1}{2}$ Millionen Schweine verschwunden, die bei den Schlachtungen nicht angemeldet wurden. Man muß annehmen, daß das Fleisch in den Schleichhandel gekommen, zum erheblichen Teil auch in landwirtschaftlichen Haushaltungen geblieben ist. Das Gesamtquantum an Fleisch, das auf diese Weise der Kontrolle entzogen ist, würde sich, wenn man nur das Schlachtgewicht pro Schwein auf einen Zentner schätzt, auf 5,5 Millionen Zentner belaufen. Es ist also außerhalb der Rationierung allein an Schweinefleisch erheblich mehr verschwunden, als die Zulage betragen hat, die in den 17 Wochen der Bevölkerung gewährt wurde. Die Schwierigkeiten, die bei ungenügenden Zuteilungen der Rationen für die Ernährung entstehen, treiben zum Schleichhandel, der allein mit Strafbestimmungen nicht zu unterbinden ist, es kann nur durch eine bessere Versorgung geschehen. Wird der Bevölkerung, z. B. bei Kartoffeln ein Quantum von 10 Pfund pro Kopf und Woche gegeben, so hört darin der Schleichhandel ganz von selbst auf. Niemand wird sich der Mühe unterziehen, in diesem Falle auf das Land hinauszuzwandern, um die Abgabe von Kartoffeln zu erbitten und erbetteln. Noch gemeingefährlicher ist der Schleichhandel soweit er gewerbsmäßig von Händlern betrieben wird, die durch enorme Preisaufschläge das Risiko ihres Unternehmens decken.

Die Aussichten unserer Volksernährung sind

nutzigen, und er berichtet, daß eine Kutsche, um eine Strecke von etwa anderthalb Meilen zurückzulegen, sechs Stunden gebraucht und auch oftmals völlig vom Wege abgieret, so daß sie erst nach manchmal tagelangen Irrfahrten zum Ziel gelangte. Außerdem liefen die Reisenden ständig Gefahr, von den über die vornehmen Leute erzürnten Frachtfuhrleuten verprügelt zu werden, was ebenfalls an die Feindseligkeiten der heutigen Straßenkutscher gegen den Automobilfahrer erinnert. In schlechten Zeiten gar hatten, wie Macaulay schreibt, die Kutschenreisenden Gefahren zu bestehen, denen man sonst nur auf einer Reise nach dem Eismeer oder der Sahara ausgesetzt war.

So kam der Gebrauch des Wagens zur Personenbeförderung bis zur Einführung der Postkutsche zu Beginn des 18. Jahrhunderts kaum über die Bedeutung eines Sports der vornehmen Welt hinaus. Für letztere aber wurde die Kutsche auch eine Art Standesbedingung und außerdem durch die Zahl der vorgespannten Pferde zum Rangzeichen, und zwar in der Weise, daß Angehörige der königlichen Familie das Recht hatten, acht Pferde vor ihren Wagen zu spannen, während Fürsten und Grafen nur sechs und Edelknechten nur vier Pferde zutamen. Diese hippologische Rangeneinteilung wurde streng eingehalten, und jede der drei Kategorien wachte eifersüchtig darüber, daß keiner mit mehr Pferden fuhr, als ihm seinem Range gemäß zutamen. Oft kam es deswegen zu Streitigkeiten, und besonders die Fürsten und Grafen lagen sich der Zahl ihrer Kutschgäule

wegen sehr oft in den Haaren, da erstere auf einer höheren sozialen Stufe als jene zu stehen vermeinten, und diesen daher das Recht bestritten, gleich ihnen mit sechs Pferden zu fahren. So konnte im Jahre 1683 ein sächsischer Landtag nicht stattfinden, weil man sich nicht darüber einigen konnte, ob die Reichsgrafen mit sechs oder nur vier Kutschpferden zu erscheinen hatten, und im Jahre 1711 kam es sogar anlässlich der Visitation des Reichskammergerichts zu einer blutigen Schlägerei, weil man einem mit sechs Pferden erschienenen witterauischen Reichsgrafen zwei Pferde mit Gewalt ausspannen wollte. Der Graf klagte daraufhin auf Anerkennung seiner Rechte auf 6 Kutschpferde; es kam zu einem langwierigen Prozeß, der vier Jahre währte und schließlich ergebnislos verlief, weil der Kaiser, es war Karl VI., „der Wichtigkeit der Sache und der vielen dabei waltesten Umstände halber“ einen Urteilspruch zu fällen, sich vorläufig außerstande erklärte.

Welche Schwierigkeiten in jener kaum zwei Jahrhunderte zurückliegenden Zeit, die doch bereits einen wesentlichen Teil der modernen Kulturentwicklung kannte, das Wagenfahren noch immer machte, sobald die Reise einmal über die Grenzen der Stadt hinaus ging, darüber gibt uns ein aus jener Zeit stammender, von einem Chronisten gewissenhaft verzeichneter Bericht einer Wagenreise getreulich Auskunft. Im Jahre 1721 wollte ein wohlhabender Bürger in Schwäbisch-Gemünd mit Frau und Magd in einem zweispännigen Planwagen eine Reise nach Ulmwagen unternehmen, eine Entfernung, die heutigentags mit der Bahn

oder mit dem Automobil in einer knappen Stunde zurückgelegt wird. Vorsichtigerweise ließ der Wackerer vor Beginn des waghalsigen Unternehmens eine Messe für einen glücklichen Ausgang lesen, ohne jedoch, wie es scheint, durch sein frommes Herz die Günst der himmlischen Heerscharen für seinen Reiseplan erungen zu haben, denn schon 1 Stunde nach Antritt der Fahrt blieb der Wagen stecken, so daß alle ausstiegen und, bis an die Knie im Morast waten, den Wagen durch gemeinsames Schieben wieder auf die Räder bringen mußten. Der nächste Unfall ereignete sich im Dorfe Lobingen, wo das eine Vorderrad in ein Mistloch geriet und der Wagen umschlug; die Insassen wurden dabei gehörig zerschunden. Nachdem man dann übernachtet und am nächsten Morgen die Reise fortgesetzt hatte, auch schon glücklich bis zu dem Dorfe Hofen gekommen war, stürzte der Wagen in eine tiefe Lache. Dabei zerbrach sich die Magd die rechte Schulter, verstauchte sich der Kutscher eine Hand, zerbrach eine Kadachse und wurde ein Pferd geküht; außerdem wurden die Reisenden von dem Schmutzwasser über und über besudelt. Erst am folgenden Tage konnte man auf einem anderen Wagen und mit frischem Gespann die Reise fortsetzen, und nach drei Tagen endlich gelangte man, „ganz erbärmlich zusammengeschüttelt“, wie der Chronist berichtet, ans Ziel. Es ist anzunehmen, daß die Reisenden von den Verkehrserschwerungen der „guten alten Zeit“ nicht sonderlich erbaut gewesen sind:

keine hoffnungsfreudigen. Wir wissen nicht, mit welchen neuen Schwierigkeiten wir zu rechnen haben. Die Preissätze sind nicht abwärts, sondern bei vielen Produkten weiter aufwärts gegangen. Wir können gegenwärtig nicht übersehen, welche Unregelmäßigkeiten eintreten werden infolge Transportschwierigkeiten und ungünstigen Witterungsverhältnissen. Aber soviel ist sicher, wir werden den harten Entbehrungen, die im Frühjahr bis in den Sommer dieses Jahres recht schwer auf unserer Bevölkerung lasteten, im kommenden Jahr nur entgehen, wenn mit Entschiedenheit der Ertrag der neuen Ernte für die menschliche Ernährung erfasst wird. Die Bestände sind da, es muß möglich sein, diese Aufgabe zu erfüllen, sie entscheidet über das Maß des Erträglichkeit in der Volksernährung.

Korrespondenzen.

München. Die für 12. September einberufene Quartalsversammlung erregte sich eines überaus zahlreichen Besuches. Bei Eröffnung der Versammlung gedachte der Vorsitzende der im letzten Quartal verstorbenen Kolleginnen Marie Meusel und Marie Sägmüller, wie der auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen Stumhuber und Effinger und wurden dieselben in üblicher Weise von der Versammlung geehrt. Gegen das vom Kollegen Bergler in gewohnter Ausführlichkeit verlesene Protokoll, wie auch gegen den von Kollegin Burtelt erstatteten Kassenbericht über das 2. Quartal 1917 wurden Erinnerungen nicht erhoben. Kollege Schmid gab dann eingehenden Bericht über die am 7. August stattgefundene Sauerleiteritzung und begründete die dort zur Annahme gelangten Anträge. In einer sehr lebhaften Aussprache an der sich Kollege Hörmann, Neumeier, Kollegin Hiermann und Herrlein beteiligten, wurde unter lebhafter Zustimmung der Versammlung geklagt, daß es der Arbeiterschaft trotz der im Mai bewilligten erneuten Feuererzulagen, einfach unmöglich sei, weiter existieren zu können, wenn nicht der Feuererzulage Gehalt geboten werden könne, oder ein weiterer Ausgleich durch Erhöhung der Feuererzulagen geschaffen werde. Unter allen Umständen wurde aber verlangt, daß in Zukunft die Ueberstundenberechnung nicht mehr vom Wochenlohn, wie bisher, sondern inklusive der Feuererzulagen — Berechnung erfolgen müßte, andernfalls sich die Kollegen und Kolleginnen ganz entschieden weigern werden, auch nur noch eine Ueberstunde zu machen. Die Schilderung unserer Kolleginnen, welche gewaltige Schwierigkeiten insbesondere für sie bei der Lebensmittelversorgung durch die immerwährenden Ueberstunden entstehen, fanden den lebhaftesten Beifall. Kollege Schmid ersuchte die Versammlung, die Verhandlungen des Tarifamtes im Oktober mit den Buchdruckern und die dann hoffentlich daran anschließenden mit unserem Verbande abzuwarten und dann in einer unmittelbar darauffolgenden Versammlung unserer Zahlstelle zu den gesamten Fragen, die in vorbenannten Verhandlungen ohnedies besprochen werden müssen, Stellung zu nehmen. Er ersucht dringend die weitere Flucht aus den Druckereien in die Kriegsindustrie aufzugeben, da die bisher schon erfolgte Abwanderung insbesondere einen Arbeiterinnenmangel ergeben habe, wie wir ihn seit Beginn der Zahlstelle noch nicht zu verzeichnen hätten. Er zeigte an den sich immer mehr häufenden Unglücksfällen in den Munitionsbetrieben, denen auch unsere dort hingegangenen Kolleginnen ausgelegt waren, daß nicht alles Gold ist was glänzt.

Unter Zahlstellenangelegenheiten gab der Vorsitzende bekannt, daß von nun an unsere Bibliothek nur mehr an zwei Samstagen des Monats geöffnet ist und zwar den zweiten und letzten Samstag im Monat. Mit anfeuernden Worten, für den Verband weiter zu agitieren und den Kampf gegen den Indifferentismus mit aller Kraft aufzunehmen, schloß der Vorsitzende um 11 Uhr die Versammlung.

Eine am Sonntag, den 16. September stattgefundene Nacharbeiterversammlung besaßte sich mit denselben Tagesordnungspunkten wie die Versammlung am 12. September und waren die Klagen und Beschwerden über die jetzige Feuererzulage und den Lohnverhältnissen nur die Ergänzung der Ausführungen der vorhergehenden Versammlung.

Hundschau.

Zur Nachahmung empfohlen! Die Firma Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart,

hat ihrem gesamten Personale neben der vereinbarten fortlaufenden Feuererzulage folgende als einmalige Herbstfeuererzulage geltende Zuwendung gemacht. Es hat erhalten, das männliche verheiratete Personal 30.— Mk. das ledige 20.— Mk. und das weibliche Personal ebenfalls 20.— Mk. Außerdem erhalten die verh. männlichen Personale einen Steigerungssatz von 2.— Mk. und die ledigen männlichen sowie die weiblichen Personale einen solchen von 1.— Mk. pro Beschäftigungsjahr im Geschäft vom Jahre 1890 an gerechnet. Der Höchstbetrag ist demnach für das verh. männliche Personal 86.— Mk. für das ledige männliche Personal und für das weibliche Personal 48.— Mk. — Wir freuen uns mit unserer Kollegenschaft, für diese Zuwendung. Denn gerade jetzt, wo man einige Gelegenheit zur Vorsehung für den Winter hat, kommt das Geld sehr gelegen. Es sei dies schöne Beispiel auch den übrigen Geschäften zur Nachahmung freundschaftlich empfohlen.

Vorschläge für den Schweizer Gewerkschaftskongress in Bern. Am 7. und 8. September d. J. wurde in Bern ein schweizerischer Gewerkschaftskongress abgehalten, für welchen der Vorstand der schweizerischen Holzarbeitervereinigungen folgende Vorschläge machte:

1. Das neue Fabrikgesetz ist für den 1. Januar 1918 anwendbar zu machen.

2. Der schweizerische Gewerkschaftskongress stellt die Ungenügendheit der gesetzlichen Maßnahmen fest, die bis zum heutigen Tage getroffen wurden, um die schlimme Lage der Arbeiter zu mildern, und beschließt angesichts der Haltung des Bundesrats, welcher, ungeachtet der langen Dauer des Krieges, seine Klassenpolitik fortsetzt, im Fall wo

- a) die unverantwortlichen Handlungen der Spekulanten auf die Artikel der dringendsten Notwendigkeit sich verschlimmern würden;
- b) die militärische Einziehung von Streikenden und die Anwendung von Truppen bei Arbeitsfreitaktiken sich wiederholen würde;
- c) Ausweisungen vorkommen würden wegen Teilnahme an Arbeiteraktionen,

den Vorstand der Gewerkschaftsvereinigungen der Schweiz zu beauftragen, sich dem mit allen Mitteln, den Generalfreist als letztes Mittel einbezogen, nach Einberufen mit dem erweiterten Vorstand zu widersetzen.

Während des Generalfreists der Gewerkschaften müssen kommunale, kantonale und föderale Unternehmungen wenn nicht aktiv, so wenigstens passiv im Fall der Verhinderung an ihm teilnehmen, indem sie ihre Zuflucht zur passiven Resistenz nehmen.

3. Dem internationalen Gewerkschaftskongress ist aufzugeben, in sein Friedensprogramm den achtstündigen Arbeitstag für alle Arbeiter aufzunehmen.

4. Der Gewerkschaftskongress der Schweiz beschließt: Die internationale Gewerkschaftskonferenz vom 1. Oktober 1917 in Bern einzuladen, unmittelbar nach ihrem Schluß ein Rundschreiben an alle erreichbaren Länder zu erlassen, sie aufzufordern, vom nächsten 1. Dezember an die Arbeit in den Kriegsindustrien überall ruhen zu lassen und von da an die Herstellung von Kriegsmaterialien zu verweigern.

5. Die in den Tarifverträgen enthaltenen Bestimmungen, die solidarische Handlungen verbieten, werden in Zukunft nicht mehr zugelassen.

6. Der Vorstand der Gewerkschaftsvereinigungen hat sich mit der schweizerischen sozialistischen Partei in Verbindung zu setzen zu dem Zweck, zu einer Verbesserung des Loses der Deserteure und sonstigen sich zu dem Heeresdienste Entziehenden zu kommen.

7. Die Gewerkschaftsvereinigungen hat einen zweiten Sekretär anzustellen, der deutsch spricht, dessen Muttersprache aber das Französische ist.

Keine höheren Löhne auf Anweisung des Unternehmerverbandes. Vor dem Schlichtungsausschuß zu Züribo — die Sitzung fand in Ludenwalde statt — stand in Sachen des Lohnstreites bei den Textilfirmen Lauenbaum, Pariser & Co. und C. W. Fähnrich & Co. Termin an. Trotzdem in Laufe des Jahres in Ludenwalde die Löhne sehr erheblich erhöht worden sind, ergeben sich immer wieder berechnete Klagen der Arbeiter. Durch fortwährende Verschlechterung des zu verbretenden Materials werden die gemachten Lohnzugeständnisse immer wieder zu ungunsten der Arbeiter ausgeglichen. Das dies zutreffend ist, geht aus dem Anerkenntnis des Schlichtungsausschusses her-

vor, indem er einstimmig feststellte, daß Wochenverdienste von 30 Mark den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Würde einwandfreies Material verbreitet, so müßten die Arbeiter mit den gezahlten Löhnen das Doppelte und mehr verdienen können. Trotzdem könnten die Fabrikanten auch gegenwärtig noch höhere Löhne zahlen wie die Verhandlung ergab, aber ihre Organisation — der Verband der Tuchfabrikanten der Niederlausitz — duldet das nicht. Es ist doch wirklich beschämend für diesen Unternehmerverband, daß seine Mitglieder vor Gericht erklären müssen: „Wir dürfen auf Anweisung unseres Verbandes keine höheren Löhne zahlen.“ Einer anderen Ludenwalder Firma wurde erst kürzlich von demselben Verband die Stilllegung des Betriebes angedroht, weil sie mit ihren Löhnen über die Höchstgrenze des Verbandes hinausgegangen war. Es ist wirklich höchste Zeit, daß die Verbandsleiter diese scharfmacherischen Mäuren beiseite lassen. Andererseits beschwerten sich die beklagten Firmen lebhaft darüber, daß die Bekleidungsämter, die bereits im April bewilligten Preiserhöhungen bis jetzt noch nicht zur Auszahlung bringen. Der Schlichtungsausschuß will sich an das Kriegsamt bzw. das Bekleidungsamt wenden, damit die Preiserhöhung endlich ihre Regelung findet. Die Vertreter der Firmen erklären, den Betrag, den sie als Preiserhöhung bekommen, voll und ganz den Arbeitern als Lohnzulage zukommen zu lassen.

Briefkasten der Redaktion.

R. Jena. Für die Einfindung, die fleißige Arbeit zeigt, besten Dank. Vor Nr. 38 oder 39 kann sie aber nicht erscheinen.

Ehren-Tafel

für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

Am 1. September 1917 starb infolge einer schweren Verwundung, nachdem er 81 Monate im Felde gekämpft hat und mit dem eisernen Kreuz ausgezeichnet war, unser Kollege und treues Mitglied

Wilhelm König

im Alter von 26 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Mitgliederschaft Hildesheim.

Am 7. August fiel auf dem Schlachtfelde unser langjähriges Mitglied, ein lieber und guter Kollege,

Jans Späth,

im blühenden Alter von 20 Jahren.

Sein Andenken hält in Ehren

Die Bahnhalle Augsburg.

Als Opfer des Weltkrieges fiel unser langjähriges und eifriges Mitglied, der Kollege

Paul Liebster

(Dresdener Volkszeitung),

im Alter von 28 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Mitgliederschaft Dresden.

Nachruf.

Am 6. September 1917 verschied nach kaum zweitägiger Krankheit unser lieber Freund und Kollege

Karl Gleys

im Alter von 42 Jahren.

Sein aufrichtiger Charakter und stets hilfsbereites Wesen sichern ihm ein dauerndes Andenken.

Die Bahnhalle Straßburg i. E.